

Kampf gegen Terrorismus geht weiter

Die Terroranschläge in der Londoner City trafen unschuldige Menschen verschiedener Konfessionen. Mehr noch richteten sich die Bomben gegen Europas Grundwerte. Solche Anschläge können sich jederzeit in allen EU-Mitgliedstaaten wiederholen. Europa muss also gemeinsam antworten. Die Europäische Union wird mit ihren internationalen Partnern handeln. Ratspräsidentschaft, Kommission und Mitgliedstaaten verabschiedeten einen Zeitplan für Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Vizepräsident Franco Frattini, zuständig für Justiz und Inneres, sprachen nach der Beratung der EU-Kommission den Opfern und Familien erneut ihr tiefstes Mitgefühl aus. Dem Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung, den der Europäische Rat im Juni im Bewusstsein der Bedrohung bekräftigt hatte, müssen beschleunigt Entscheidungen und Taten zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit folgen, so die Leitlinie der EU-Kommission.

WEITERE MASSNAHMEN AUF DER AGENDA

Ein Bündel an Maßnahmen steht in den kommenden Wochen auf der Kommissionsagenda:

- Ein Vorschlag zur engeren Zusammenarbeit der Polizeibehörden wird so schnell wie möglich verabschiedet.
- Ein neuer Rechtsrahmen für die Rückverfolgung, Lagerung und Vermarktung von Sprengstoffen soll dem Rat noch vor der Sommerpause vorgeschlagen werden.
- Der Richtlinienvorschlag zur Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten für die polizeiliche Ermittlung soll im September verabschiedet werden. Laut Frattini sei dies eine besonders wichtige Maßnahme, um Spuren von Terroristen zu verfolgen. Zugleich werden die Datenschutzstandards auf „solide Grundlagen gestellt“, betonte



Europa trauert um die Opfer der Terroranschläge in der Londoner City: In einer europaweiten Schweigeminute am 14. Juli um 13.00 Uhr versammelten sich auch Kommissionsvizepräsident Franco Frattini (5. v. l.) und zahlreiche Mitarbeiter der Europäischen Kommission vor dem Berlaymont-Gebäude.

Bild: EU-Kommission

Barroso. Zudem dürfe die operative Zusammenarbeit nicht aus den Augen verloren werden, fordert Frattini. Handlungsbedarf besteht etwa beim Aufbau von nationalen Koordinations- und Kontaktstellen. Der Kampf gegen die Geißel des Terrorismus geht weiter und gibt eine Antwort auf die Frage „Wozu Europa?“.

EUROPA STEHT ZUSAMMEN

Europaweit haben die Menschen der Opfer der Terroranschläge von London mit einer Schweigeminute gedacht. Dazu hatten die Innen- und Justizminister der EU-Mitgliedstaaten bei einem außerordentlichen Rat am 13. Juli aufgerufen. Sie beschlossen, ein umfangreiches Paket gegen den Terrorismus unverzüglich umzusetzen. „Alle Maßnahmen, um Terroristen grenzüberschreitend zu verfolgen, gegen sie zu ermitteln, ihre Netzwerke zu zerstören und ihnen die Finanzquellen zu entziehen, sind unverzüglich umzusetzen“, so die Schlussfolgerungen. Der britische Innenminister Charles Clarke betonte, von diesem außerordentlichen Rat gehe eine nachdrückliche Botschaft aus: Die gesamte Europäische Union stehe zusammen gegen den Terror.

Dabei müssen der Schutz der Privatsphäre der Bürger und ihre Freiheiten erhalten bleiben. Im Kampf gegen den Terror setzt die EU auf eine Zusammenarbeit mit der muslimischen Gemeinschaft. Sie hat in der Folge der Londoner Anschläge die Ermittlungen rückhaltlos unterstützt. ♦

Aus dem Inhalt

Hohe Handykosten bekämpfen 2

Wahlkampfschwerpunkte 3

Europa besser vermitteln Sommerinterview 4-5

Verfassungsprozess muss weitergehen Position des Präsidiums 6-7

Wege nach Europa 2005 9

Kurz notiert

13 : 2 FÜR DIE VERFASSUNG

Malta und Luxemburg haben den EU-Verfassungsvertrag ratifiziert. Das Votum des maltesischen Parlaments war einstimmig. In einem Referendum stimmten auch die Luxemburger mit deutlicher Mehrheit für den Verfassungsvertrag: 56,5 Prozent sagten „Ja“. Damit haben nun 13 der 25 Mitgliedstaaten die Verfassung angenommen; Frankreich und die Niederlande haben sie abgelehnt. Für ein Inkrafttreten müssen alle EU-Staaten den Verfassungsvertrag annehmen.

EINSPRUCH EINGELEGT

Der Bundesrat hat den Entwurf der Bundesregierung zum Antidiskriminierungsgesetz vorerst gestoppt. Das Gesetz sollte vier EU-Richtlinien gegen die Benachteiligung wegen Rasse, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung umsetzen. Das Gesetz ist nicht zustimmungspflichtig. Der Einspruch kann mit der „Kanzlermehrheit“ im Bundestag zurückgewiesen werden.

BRITISCHER SERVICE

Die britische Botschaft in Berlin bietet eine deutsche Version der Homepage der britischen Ratspräsidentschaft. Sie enthält Informationen zu den Schwerpunkten des britischen Vorsitzes, Hinweise auf europäische Veranstaltungen in Deutschland sowie aktuelle Informationen. Die Ansprechpartner der Ratspräsidentschaft in Deutschland werden vorgestellt. In einem Quiz kann man sein Wissen rund um die britische EU-Mitgliedschaft testen. „www.britischebotschaft.de“

WEICH UND GIFTIG

Gesundheitsschädliche Weichmacher dürfen in der EU nicht mehr für Kinderspielzeug und Babyartikel verwendet werden, so die Entscheidung des Europäischen Parlaments. Die sechs verbotenen Phthalate können freigesetzt werden, wenn Kinder etwa an Puppen oder Schnullern lutschen oder darauf herumkauen. Die Weichmacher stehen im Verdacht, krebserregend und fortpflanzungsgefährdend zu sein. Sie sind bereits seit 1999 vorläufig verboten. Die Zustimmung des Rates der EU für ein generelles Verbot gilt als sicher.

Hohe Handykosten im Ausland endlich bekämpfen

Kommission greift aktuelles Anliegen der Europa-Union Deutschland auf

Die EU-Kommission hat Verbraucher vor hohen Handykosten im europäischen Ausland gewarnt. Sie wird Maßnahmen ergreifen, um die Transparenz der als „Auslandsroaminggebühren“ bezeichneten Entgelte zu erhöhen. Dies soll Verbrauchern helfen, das beste Angebot auszuwählen. Sowohl die Kommission als auch nationale Regulierungsbehörden haben Auslandsroaminggebühren schon vor längerer Zeit als Problem erkannt. Trotz erster Anzeichen für eine Bewegung auf dem Markt ist die Kommission nicht der Ansicht, dass die von den Verbrauchern zu zahlenden Preise das Ergebnis eines wirklichen Wettbewerbs widerspiegeln.

BÖSE ÜBERRASCHUNGEN

„Wer sein Mobiltelefon während des Urlaubs im Ausland benutzt, kann noch immer eine böse Überraschung erleben“, warnt Viviane Reding, Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien. „Ich bin davon überzeugt, dass sich die Branche hier noch deutlich bewegen kann und muss. Wir müssen erreichen, dass die Verbraucher in den Genuss besserer Angebote kommen als bisher.“

AUSLANDSROAMING

„Internationale Erreichbarkeit“ oder „Auslandsroaming“ bedeutet, dass Mobilfunkkunden ihr Handy auch auf Reisen im Ausland verwenden können. Dabei telefonieren sie bequem unter der gleichen Rufnummer wie zu Hause. Damit dies funktioniert, müssen die Mobilfunknetzbetreiber entsprechende Roamingverträge mit Netzbetreibern in anderen Ländern schließen. Bei den Preisen, die für Anrufe aus dem Ausland nach Hause verlangt werden, gibt es innerhalb der Europäischen Union ganz erhebliche Unterschiede. Das bekommen vor allem Touristen und Geschäftsreisende zu spüren.

WEBSITE SOLL INFORMIEREN

Um den Wettbewerb beim Auslandsroaming anzukurbeln und die Preistransparenz für die Verbraucher zu erhöhen, wird die Kommission ab Herbst 2005 eine besondere Website einrichten, auf der sie Beispiele für die Endkunden-Auslandsroamingtarife der Mobilfunkbetreiber in den 25 EU-Mitgliedstaaten aufführen wird. Diese Initiative der Kommission findet die Unterstützung der nationalen Regulierungsbehörden. Sie werden die Maßnahmen zur Tariftransparenz beim Auslandsroaming im Rahmen der Gruppe Europäischer Regulierungsstellen koordinieren.

ERFOLG DER EUROPA-UNION

Diese Entwicklung kann auch die Europa-Union Deutschland zu einem ihrer politischen Erfolge zählen. In einem Beschluss des Bundeskongresses in Bonn im November 2004 hatte der Bundesverband nachhaltig gefordert, die Mobilfunktarife innerhalb der EU anzugleichen und wie auf nationaler Ebene zu behandeln. Der Präsident der Europa-Union, Elmar Brok MdEP, hatte dann Anfang 2005 eine entsprechende Initiative im Europäischen Parlament eingebracht, die nun angesichts der beginnenden Ferienzeit erste Früchte trägt. ■



Die luxemburgische EU-Kommissarin Viviane Reding ist zuständig für die Informationsgesellschaft und Medien.

Bild: EU-Kommission

Wahlkampfschwerpunkte der Parteien

Europaprogramme von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur möglichen Bundestagswahl am 18. September

Bis zum Redaktionstermin dieser Ausgabe erschienen vier Wahlprogramme mit unterschiedlichem Umfang (GRÜNE: 8 Seiten, FDP: 520 Seiten) und Charakter (Wahlprogramm/Regierungsprogramm). Trotz der bedingten Vergleichbarkeit lassen sich aus europapolitischem Blickwinkel Einsichten zu den geplanten Wahlkampfschwerpunkten gewinnen. Hier zwei Beispiele:

Themen:	Dienstleistungsfreiheit	Erweiterung
SPD	„Die Dienstleistungsrichtlinie der EU wird auf Druck von Deutschland und Frankreich grundlegend überarbeitet. Wir werden nur einer Dienstleistungsrichtlinie auf EU-Ebene zustimmen, wenn diese sozial ausgewogen ist und Verstöße gegen die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt nicht zulässt. Das Herkunftslandprinzip, wie es in der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgeschlagen wird, ist nicht akzeptabel.“	„Wir wollen ein Europa, auf das man sich verlassen kann. Die EU-Erweiterungspolitik war im Kern immer Friedenspolitik. Europa wird nur dann eine Region des Friedens und der Stabilität bleiben, wenn alle Verträge und Zusagen in Sachen Erweiterung eingehalten werden. Wer unsere Partner in Europa verunsichert und Verträge in Frage stellt, denen die 25 Mitgliedstaaten einstimmig zugestimmt haben, stellt ein Friedensrisiko für Europa dar. Einem Wortbruch gegenüber Bulgarien und Rumänien, deren Beitrittsverträge sich bereits im Ratifizierungsprozess befinden, und gegenüber der Türkei, mit der nach Erfüllung der Voraussetzungen am 3. Oktober 2005 die langjährigen Beitrittsverhandlungen beginnen sollen, treten wir entschieden entgegen.“
CDU/CSU	„Im Rahmen der Osterweiterung hat der Missbrauch der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zugenommen. Die Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen und gesetzliche Mindestlöhne über die Hintertür können einen Missbrauch der europäischen Dienstleistungsfreiheit nicht verhindern. Deshalb setzen wir auf schnelle, wirksame, grenzüberschreitende Kontrollen.“	„Wir werden nur beitriffsreife Länder in die EU aufnehmen. Bei den geplanten Beitritten Bulgariens und Rumäniens müssen die Beitrittskriterien strikt eingehalten werden. Eine Entscheidung über die Ratifizierung der Beitrittsverträge werden wir daher erst nach Vorliegen der Fortschrittsberichte der EU-Kommission treffen. Beitrittsverhandlungen mit Kroatien als einem in Europa tief verwurzelten, wirtschaftlich prosperierenden Land wollen wir beginnen, sobald noch bestehende Zweifel an der Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof ausgeräumt sind.“
FDP	„Die Öffnung der Gütermärkte, die Öffnung des Dienstleistungsmarktes, Deregulierung und Wettbewerb bei den Netzindustrien sind im europäischen Verbund überfällig.“	„Die FDP hat sich mit ihren liberalen Außenministern immer für den Beitritt unserer osteuropäischen Nachbarn eingesetzt. Für uns überwiegen bei der Osterweiterung der EU die Chancen bei weitem die Risiken. Auch Rumänien und Bulgarien müssen Teil dieser Erfolgsgeschichte werden. Die FDP wird Rumänien und Bulgarien in ihren Bemühungen unterstützen, bis 2007 ebenfalls die Kriterien für den Beitritt zur EU zu erfüllen. Heute ist das leider noch nicht der Fall.“
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	„Wir wenden uns gegen eine Dienstleistungsrichtlinie, die über das Herkunftsprinzip Druck auf soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Standards aufbaut. Es darf aber nicht vergessen werden, dass einer der Kerngedanken Europas ist, Grenzen zwischen Staaten zu überwinden. Unser Ziel ist die volle Freizügigkeit in Europa.“	„Der Veränderungsbedarf, den wir gegenüber Europa anmelden, darf nicht dazu führen, dass wir den Ländern wie der Türkei oder den Balkanstaaten, die auf Europa hoffen, die Tür vor der Nase zuschlagen. Europa endet nicht an den Grenzen der EU. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU die nachbarschaftlichen Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Nichtmitgliedstaaten sowie den Ländern des südlichen Mittelmeerraums weiter intensiviert. Die Aussicht auf Mitgliedschaft hat in vielen Ländern dazu geführt, den inneren Demokratisierungsprozess zu stabilisieren und gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen.“

Weitere Informationen zu den Wahl- bzw. Regierungsprogrammen der einzelnen Parteien befinden sich auf deren Internetseiten: www.spd.de, www.cdu.de, www.fdp.de und www.gruene.de.



Christian Wenning ist seit 2004 Bundesvorsitzender der JEF
Bild: JEF

Europa jungen Menschen besser vermitteln

INTERVIEW MIT CHRISTIAN WENNING, BUNDESVORSITZENDER DER JUNGEN EUROPÄISCHEN FÖDERALISTEN DEUTSCHLANDS (JEF), DEM JUGENDVERBAND DER EUROPA-UNION DEUTSCHLAND

Gutes Verhältnis zwischen Jungen Europäischen Föderalisten und Europa-Union ausbauen

EA: Herr Wenning, wie überwinden wir die Krise in Europa?

Wenning: Wir haben ja mehrere Krisen! Wir haben mittlerweile eine Stabilitätspaktkrise, die schon gar nicht mehr wahrgenommen wird, wir haben eine Finanz- und Haushaltskrise, die gerade aktuell ist, und wir haben eine alles überragende Krise in der Verfassungsdebatte. Ich denke, dass wir mit Disziplin und Ruhe über diese Verfassungskrise hinaus kommen, indem wir einfach auch die Zeit nutzen, die uns gegeben ist. Ich finde den Vorschlag sinnvoll, dass man ein Jahr lang eine Denkpause hat. Allerdings sollte man diese Denkpause nicht so lange gestalten, dass man nachher nicht mehr den Schwung hat, durch das Ziel zu laufen. Das wäre im Sport und so auch in der Politik der Sache nicht zuträglich. Insofern sollten wir die Debatte fortsetzen, aber wir sollten nicht überschnell alternative Beschlüsse herbeiführen, die in der Sache in eine völlig andere Richtung gehen, als das, was die Verfassung durch den Konvent sehr kompetent versucht hat zu lösen.

EA: Nun haben in Frankreich und den Niederlanden sich auch sehr viele junge Menschen nicht für die Verfassung entscheiden können, und allgemein ist feststellbar, dass sehr viele junge Leute mit Europa sehr wenig anfangen können. Wie beurteilen Sie diese Situation, und welche Strategie hat die JEF, diesem Trend entgegenzuwirken?

Wenning: Grundsätzlich muss man zunächst einmal klären, gegen was sich die Menschen wirklich ausgesprochen haben. Ob sie nicht für die Verfassung stimmen konnten oder ob sie gegen die Verfassung waren, sind „zwei Paar Schuhe“. Ich denke, da haben viele politische Themen eine Rolle gespielt, die eigentlich nicht viel mit der Verfassung zu tun haben. Dies ging sogar bis zu solchen absurden Argumentationen, dass Menschen fälschlicherweise suggeriert wurde, die Annahme der Verfassung würde dazu führen, dass Behinderten die Rollstühle von den Krankenversicherern nicht mehr bezahlt würden. Wie wir selbst immer gesagt haben, ist europäische Politik ein Stück weit auch immer Innenpolitik. Deswegen muss man die Innenpolitiker dazu bewegen, klar zu sagen, was die europäische Politik aus nationaler Sichtweise darstellen soll. Wir haben natürlich auch ein Vermittlungsproblem. Die JEF versucht dagegen anzugehen, indem wir nicht nur Flugblätter verteilen, sondern versuchen, den Jugendlichen europäische Perspektiven aufzuzeigen. Hier sprechen wir nicht nur die Akademiker an, sondern wir wollen allen – auch den sogenannten einfachen Leuten – die Chancen aufzeigen, die Europa bietet. Wir sagen aber auch, dass man die Probleme nicht dadurch verbessert, wenn man deren Lösung ablehnt.

EA: Es sind aber doch gerade diese „einfachen Leute“, die beklagen, dass die EU speziell mehr für die Akademiker unternimmt und leider nur sehr wenige Förderprogramme für den Normalbürger existieren?

Wenning: Nun, mit den Programmen „Leonardo“ und „Comenius“ hat man doch einige Möglichkeiten, wo beispielsweise Handwerker, andere Nichtakademiker und Arbeitslose extrem viel machen können. Die Frage ist nur, ob sie es auch tun. In der Diskussion konzentriert man sich viel zu sehr auf „Erasmus“ und die Hochschulprogramme sowie Kompetenzzentren als auf andere Förderprojekte wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Es werden Radwege gefördert und grenzüberschreitende Tourismuspolitik. Und es wird eben auch der Handwerker gefördert, wenn er einen Sprachkurs machen will. Das muss man den Leuten klar machen, und dann werden sie sehen, dass da auch ein Vorteil für sie selbst ist.

EA: Sollte im Bundestagswahlkampf das Thema Europa und der mögliche EU-Beitritt der Türkei auch eine zentrale Rolle spielen?

Wenning: Europa natürlich ja, und da der Türkei Beitritt eine Frage ist, die Europa bewegt, hat diese Frage einen legitimen Platz im Bundestagswahlkampf. Man wird nicht an dieser Frage vorbeikommen, wenn man über Europa reden möchte, denn die Menschen wollen wissen, was die Identität Europas ist.

EA: Wie sehen Sie – als noch junger Mensch – die Zukunft für sich in Europa?

Wenning: Meine Hoffnung ist noch nicht ganz gestorben, denn die stirbt ja bekanntlich zuletzt. Ich habe noch viel vor in Europa mit der JEF und natürlich auch mit der Europa-Union. Ich glaube, es funktioniert wunderbar, wie vor allem in der jüngeren Zeit unsere Verbände miteinander harmonisieren. Wir sehen, dass wir einiges bewegen können, dass wir europäisch Bewegte auch produzieren können. Da ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Im Gegenteil: Eine Krise beflügelt ja auch immer wieder die Verbände, die versuchen, einen Vorschlag zu erarbeiten, aus der Krise heraus zu kommen. Das betrifft uns natürlich insbesondere. Vielleicht haben wir einen neuen Sinn und eine neue Daseinsberechtigung bekommen. Vor zwei Jahren haben wir uns noch gefragt, ob wir noch zu etwas nützlich seien. Jetzt sind wir es mehr denn je!

EA: Welche Rolle sollte und will die JEF künftig in der Europa-Union spielen?

Wenning: Nun ich glaube, ich bin ganz dankbar, wenn wir die Rolle spielen, die wir bisher gespielt haben. Dass wir ein wenig Personal vorsorgen können, um damit auch zu sagen, die Europa-Union hat viele Leute, die in der JEF gelernt haben. Das ist jetzt der Fall und wird hoffentlich auch in der Zukunft der Fall sein. Wir müssen nicht der Dorn im Auge sein, sondern der Partner aus Sicht der Jugend. Wenn man sich dazu entschließt, Jugend zu fördern, dann sollten die Mitglieder der Europa-Union auch immer an ihre Jugendorganisation, die JEF, denken. Es ist ihre JEF und nicht nur irgendein parallel arbeitender Verband. Ich denke, dass wir die Rolle, die wir momentan haben, gut spielen und die Europa-Union uns schätzt. Dies tut sie seit mittlerweile mehr als zehn Jahren, und die derzeitige Stimmung ist extrem gut. Ich hoffe, dass es so bleibt.



Auch im Winter aktiv im Einsatz für die Verfassung: Christian Wenning (3. v. l.)



Christian Wenning (5. v. l.) inmitten seines Bundesvorstandsteams
Bilder: JEF

Informationen zum Jugendverband der Europa-Union sind auf der Homepage www.jef.de zu finden oder erhältlich über:

**Junge Europäische Föderalisten
Deutschland (JEF)**

Bundessekretariat, Haus der
Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Telefon: (030) 42 80 90 35
Telefax: (030) 42 80 90 36
E-Mail: info@jef.de

Europäische Online-Akademie

Neues Akademisches Jahr beginnt am 15. Oktober 2005

Das Centre International de Formation Européenne (CIFE) in Nizza und Berlin, der Jean-Monnet-Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln, die Europa-Union Deutschland und weitere Partner führen ab dem 15. Oktober 2005 erneut die Europäische Online-Akademie durch.

Europa steht vor großen Herausforderungen! Krisensituationen wie die jetzige bieten immer auch Chancen! Kompetentes

Handeln auf vielen Ebenen und in vielen Politikbereichen ist gefragt, damit die Chance genutzt wird und zu greifbaren Ergebnissen führt!

Die Europäische Online-Akademie bietet ein inhaltliches Weiterbildungsangebot, das durch die Kombination von „e-learning“ mit Präsenzphasen kompatibel mit fortlaufender beruflicher Tätigkeit ist. Das Programm richtet sich an Akademiker, Postgraduierte,

Angestellte, die in öffentlichen Verwaltungen, Ministerien, öffentlichen und privaten Institutionen arbeiten, und weitere Interessierte, die tagtäglich fundiertes Wissen zur europäischen Integration benötigen.

Der Anmeldeschluß für das akademische Jahr 2005/06 ist der 1. Oktober 2005.

Nähere Informationen bietet die Homepage www.eu-online-academy.org.

Der Europäische Verfassungsprozess muss weitergehen

Beschluss des Präsidiums der Europa-Union vom 1. Juli 2005



*Kämpfte für die Verfassung und einen Kompromiss im Finanzstreit während seiner Ratspräsidentschaft: der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker
Bild: EU-Kommission*

Die Europa-Union Deutschland bedauert die Schwierigkeiten, die durch das negative Referendum in Frankreich und in den Niederlanden im Prozess der Ratifizierung der Europäischen Verfassung aufgetreten sind. Sie unterstreicht einmal mehr, dass die Verfassung für die erweiterte Union einen deutlichen Fortschritt bedeuten würde, da sie ihr Orientierung geben und ihre Handlungsfähigkeit nach der Erweiterung deutlich steigern würde.

WARNSIGNALE ERNST NEHMEN

Zugleich stellt die Europa-Union Deutschland fest, dass die negativen Referenden in beiden Ländern deutliche Warnsignale sind. Die EU darf nicht nach dem Motto „business as usual“ einfach weitermachen wie bisher. Die Bürgerinnen und Bürger in den EU-Staaten haben zunehmend das Gefühl, dass sie zu wenig über die Entscheidungen in der EU informiert sind und dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird.

DENKPAUSE BIS 2006

Insofern ist es richtig, dass die EU-Staats- und Regierungschefs hinsichtlich des weiteren Ratifizierungsverfahrens eine Denk- und Atempause bis Mitte 2006 beschlossen haben. Die Zeit bis dahin muss

genutzt werden, um eine Strategie zu entwickeln, wie die notwendigen Fortschritte in der EU doch noch erreicht werden können. Hierzu muss in den EU-Staaten eine ausführliche Diskussion stattfinden, an der die Bürger, die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Sozialpartner, die Parlamente sowie die politischen

Parteien teilnehmen. Darüber hinaus muss auch eine Diskussion auf europäischer Ebene initiiert werden, bei der die nationalen Beiträge auf der EU-Ebene zusammengeführt werden.



*Alle Beratungen waren zwecklos: Auf dem EU-Gipfel Mitte Juni fanden auch (v. l. n. r.) Jean-Claude Juncker, Jacques Chirac und Gerhard Schröder keinen Kompromiss im Finanzstreit.
Bild: EU-Kommission*

Nach Auffassung der Europa-Union Deutschland müssen beim weiteren Vorgehen die folgenden Vorschläge berücksichtigt werden:

PROBLEME ANALYSIEREN

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Diskussionen in den EU-Staaten müssen jetzt die Probleme im Ratifizierungsprozess analysiert und bis zum Frühjahr 2006 Vorschläge im Hinblick auf das weitere Vorgehen vorgelegt werden. Ziel dieser Vorschläge muss es sein, den Verfassungstext, der bereits in zehn der EU-Staaten ratifiziert ist, in der vorliegenden Form zu verwirklichen. Hierzu sollten Vereinbarungen entwickelt und umgesetzt werden, die den Bürgerinnen und Bürgern in den zögernden EU-Staaten signalisieren, dass ihre Bedenken Ernst genommen werden. Dabei geht es insbesondere darum, die soziale Dimension sichtbar zu machen und zu stärken. Vor allem ist es erforderlich, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Einigung Europas zur Absicherung der sozialen Dimension in einer globalisierten Welt beiträgt.

KLARSTELLUNGEN FÜR DIE BÜRGER

In der öffentlichen Diskussion sollte klar gestellt werden, dass lediglich Teil I und Teil II

des Vertrages wirklich Verfassungscharakter haben. Der kurze und eher technische Teil IV gehört noch zu Teil I. Teil III ist lediglich eine Überarbeitung des EG-Vertrages.

VERFASSUNG NICHT ZERLEGEN

Die Europa-Union Deutschland wendet sich dagegen, die Verfassung in Einzelteile zu zerlegen und in Teilen in Kraft zu setzen. Doch könnte überlegt werden, welche Elemente der Verfassung vorab bereits pragmatisch realisiert werden können, ohne dass hierzu vertragliche Veränderungen erforderlich sind. Beispielsweise wäre es möglich, die vorgesehene Subsidiaritätsrüge durch eine entsprechende einseitige Erklärung der Kommission in Kraft zu setzen. Gleiches gilt auch für das neue Instrument des Bürgerbegehrens. Die Kommission sollte sich verpflichten, eine Gesetzgebungsinitiative formell in das Verfahren einzubringen, wenn sie von mehr als einer Millionen Unionsbürgerinnen und -bürgern aus mehreren EU-Staaten unterstützt wird.

BIS ENDE 2007 RATIFIZIEREN

Der Ratifizierungsprozess muss spätestens bis Ende 2007 beendet sein. Die deutsche EU-Präsidentschaft sollte hierfür im ersten Halbjahr 2007 die Voraussetzungen schaffen.

LOYALTÄT FÜR EUROPA GEFORDERT

Die Europa-Union Deutschland fordert die Regierungen auf, durch ein kompromissfähiges und europaloyales Verhalten, vor allem auch in der Haushaltspolitik, ein positives Zeichen für die Zukunft Europas zu setzen und den Bürgerinnen und Bürgern damit neues Vertrauen zu geben.

INFORMATIONSKAMPAGNE

Die Europa-Union Deutschland sieht es zudem als notwendig an, dass die EU und auch die nationalen und regionalen Regierungen die Bürgerinnen und Bürger verstärkt über die Verfassung informieren. Die Europäische Union und insbesondere ihre Mitgliedstaaten sollten in ihrem Handeln stärker auf die Anliegen, Sorgen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger Rücksicht nehmen und diese besser über ihre Ziele und ihre Politik informieren. Hierzu ist eine

deutlich verbesserte Kommunikationsstrategie auf allen politischen Ebenen notwendig, für die auch die erforderlichen Finanzmittel bereit gestellt werden müssen.

PARLAMENTE EUROPÄISCH STÄRKEN

Die europapolitische Rolle der nationalen Parlamente muss gestärkt werden. Sie müssen sich engagiert an der Debatte zur Zukunft beteiligen. Zudem müssen ihre Kontrollrechte in der Europapolitik ausgeweitet werden.

KOOPERATION MIT ANDEREN

Die Europa-Union Deutschland wird in dem Prozess des Nachdenkens und des Dialogs eine aktive Rolle übernehmen. Sie wird dezentral und bürgernah Foren zur Zukunft der EU organisieren und im Kontakt mit den anderen nationalen Organisationen der Union Europäischer Föderalisten und des Netzwerks Europäische Bewegung an gemeinsamen europäischen Vorschlägen mitarbeiten. Allgemein gilt: Die EU muss in ihrer Gesetzgebung und auch in ihrer Zuwendungs politik bürgernäher werden. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger die Vorteile der europäischen Einigung in ihrem Alltagsleben erfahren, werden sie den Einigungsweg weiter mit gehen.



Eine Symbolik, die für sich spricht: Großbritannien's Fahne nimmt der EU-Fahne den Wind.

Bild: EU-Kommission

Weitere Informationen zum Thema EU-Verfassung finden Sie auf der Homepage www.europa-union.de oder sind auf Anfrage erhältlich beim Generalsekretariat in Berlin: info@europa-union.de

Dieser Beschluss des Präsidiums dient als Grundlage für die weitere Diskussion auf allen Ebenen des Verbandes sowie mit der Europa-Union nahe stehenden und kooperierenden Organisationen und Institutionen. ■

Ich möchte Mitglied der EUROPA-UNION Deutschland werden.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Beruf

Telefon

Fax

Email

Geburtsdatum (freiwillig)

Werber

Der Mitgliedsbeitrag wird gemäß der geltenden Beitragsordnung der Landesverbände erhoben und beträgt derzeit in der Regel jährlich 43 € (ermäßigt 21,50 €). Darin eingeschlossen ist der Bezug der Mitgliederinformation „Europa aktiv“. Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bis zum 35. Lebensjahr.

Ich ermächtige die Europa-Union, den Jahresbeitrag per Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

Geldinstitut: _____

BLZ: _____

Diese Erklärung gilt bis zu meinem schriftlichen Widerruf.

Ort, Datum Unterschrift

Bitte senden an:

EUROPA-UNION Deutschland
Jean-Monnet-Haus
Bundesallee 22, 10717 Berlin



Präsidium tagte in Berlin

Mit Blick auf das historische Reichstagsgebäude tagte das Präsidium der Europa-Union am 1. Juli im Jakob-Kaiser-Haus, welches zu den Einrichtungen des Deutschen Bundestages zählt. Die räumliche Nähe zum Plenarsaal sorgte dann auch dafür, dass trotz der Debatte zur Vertrauensfrage des Bundeskanzlers einige Mitglieder des Bundestages, die zu den Reihen des Präsidiums zählen, an der Sitzung teilnehmen konnten. Ein besonders herzlicher Gruß galt den Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Anna Lührmann und Michael Roth. Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der EU-Kommission, interessierte sich ebenfalls für die Diskussion im Präsidium.

In seiner Einführung der europapolitischen Aussprache ging Präsident Elmar Brok MdEP insbesondere auf die Situation nach den negativen Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ein. Eine von der AG Verfassung vorbereitete Beschlussvorlage wurde vom Präsidium einstimmig angenommen (siehe S. 6/7). Zustimmung fand der Vorschlag, im Falle der Bundestagswahl an die Kandidaten der einzelnen Parteien mittels sogenannter „Europawahlprüfsteine“ heranzutreten.

Das Präsidium stellte für das Jahr 2004 den finanziellen Jahresabschluss fest und lobte dabei insbesondere das positive Wirken der Bundesgeschäftsführerin Birgit

Köbling. Zur Vorbereitung des Bundeskongresses im November in Potsdam wurden die Leitlinien für zwei politische und eine verbandspolitische Arbeitsgruppe auf dem Kongress diskutiert und beschlossen. Einig war man sich darüber, dass die Europa-Union angesichts der krisenhaften Situation in Europa eine neue Verbandsstrategie benötigt, um auf die Fragen der Zeit antworten zu können. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis zu den Gremiensitzungen im Herbst ein entsprechendes Konzept als Grundlage für die verbandsinterne Debatte ausarbeiten soll.

Die nächsten Gremiensitzungen (Präsidium und Bundesausschuss) finden am 5. November in Bielefeld statt. Weitere Termine des Bundesverbandes sind dem Verbandskalender zu entnehmen. ■

Generalsekretariat zieht um

Nun heißt es endgültig Abschied nehmen von Bonn, dem jahrzehntelangen Sitz der Europa-Union Deutschland und der Wirkungsstätte des Generalsekretariats. Anfang August zieht das Büro vom Rhein an die Spree um, ins Jean-Monnet-Haus im Berliner Stadtteil Wilmersdorf. Dort hatte seit letztem Jahr bereits das Projektbüro des Bundesverbandes sein Domizil. Die unmittelbare Nachbarschaft zu den Büros der Europäischen Bewegung Deutschland und dem Institut für Europäische Politik im gleichen Haus bietet neue Chancen für Synergien und eine noch intensivere Zusammenarbeit.

Leider bedeutet der Abschied von Bonn auch den Abschied von einer verdienten Mitarbeiterin: Das Generalsekretariat wird in Berlin künftig ohne die Unterstützung von Annette Gerstmeier auskommen müssen. Die Geschäftsführung dankt ihr ganz herzlich für ihre engagierte, ausgezeichnete Tätigkeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den zurückliegenden fünf Jahren.

Neben dem ehrenamtlichen Generalsekretär, Bernd Hüttemann, sind in Berlin wei-

ter für den Bundesverband tätig: die Bundesgeschäftsführerin, Birgit Köbling, und Herr Christof Müller.

Ab 3. August 2005 sind Bundesverband und Generalsekretariat erreichbar unter: 

Europa-Union Deutschland
Bundesallee 22
10717 Berlin

Telefon: (030) 88 67 66 20
Fax: (030) 88 41 22 47
E-Mail: info@europa-union.de

Verbandskalender

Wann ++ Was + + + + + + + + + + + + Wo + + + + +

21. - 25.09.	Europa-Union: Wege nach Europa	Berlin-Kaliningrad
01. - 09.10.	JEF: Internationales Seminar „Demokratie und Toleranz“	Chemnitz
08.10.	UEF: Vorstand	Brüssel
07. - 09.10.	JEF: 52. Bundeskongress	Chemnitz
21. - 23.10.	Nordeuropäische Gespräche	Szczecin (PL)
05.11.	Europa-Union: Präsidium	Bielefeld
05.11.	Europa-Union: Europapolitisches Forum	Bielefeld
05.11.	Europa-Union: Bundesausschuss	Bielefeld
26./27.11.	Europa-Union: 51. Bundeskongress	Potsdam

Infos bei: Europa-Union, Generalsekretariat, Tel.: 030 - 88 67 66 20
UEF, European Secretariat, Tel.: 00 32 - 2 - 5 08 30 30
JEF, Bundessekretariat, Tel.: 030 - 42 80 90 35

750 Jahre Kaliningrad

Aktion „Wege nach Europa 2005“ führt ins frühere Königsberg

Erneut begibt sich die Europa-Union auf eine politische Reise. Nach einer erfolgreichen Aktion in Bratislava im vergangenen Jahr führt unser Weg dieses Mal über die Grenzen der heutigen EU hinaus, nach Kaliningrad und somit in die Russische Föderation.

Kaliningrad (Калининград) ist die Hauptstadt des Oblast Kaliningrad, der russischen Exklave zwischen Polen und Litauen mit Zugang zur Ostsee. Sie liegt zu beiden Seiten des Pregel und zählt 434.700 vorwiegend russische Einwohner (Stand: 2004). Die heutige Stadt entstand nach 1945 auf den Trümmern des im zweiten Weltkrieg fast vollständig zerstörten deutschen Königsberg, der Hauptstadt Ostpreußens und des gleichnamigen Regierungsbezirkes, die bis 1918 auch Krönungs- und dritte Residenzstadt der preußischen Monarchie war. Als Resultat der Unabhängigkeit der baltischen Staaten wurde das Gebiet zur russischen Exklave. Viele Russen aus den baltischen Staaten und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, wo sie zu einer Minderheit geworden sind, haben sich nach 1992 in Kaliningrad angesiedelt. Auch viele „Russlanddeutsche“, die in der Stalin-Zeit in die asiatischen Teile der Sowjetunion verschleppt worden waren, siedelten sich mit ihren Familien hier an, meistens jedoch, um weiter nach Deutschland auszuwandern. Seit der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 hat sich die Isolierung der Region noch verschärft. Im Zuge des 750. Stadtjubiläums am 1. Juli 2005 werden kontinuierlich Baumaßnahmen in der Stadt durchgeführt, um Kaliningrad in ein neues Zeitalter zu bringen.

Wohin geht die Reise dieser Region zwischen den Zeiten und Welten: der vor sechzig Jahren versunkenen deutschen, der nun verfallenden sowjetischen und einer sich Bahn brechenden neuen? Eine Frage, der wir bei Begegnungen und Gesprächen vor Ort nachgehen wollen.

Unsere Tagung beginnt am 21. September in Berlin mit einem Besuch im Europäischen



Kaliningrad um 1895 Bild: Library US-Congress

Haus und/oder im Auswärtigen Amt. Mit der Bahn geht es noch am selben Abend weiter nach Kaliningrad. Auf dem Programm steht neben zahlreichen politischen Gesprächen auch ein Ausflug auf die Kurische Nehrung. Die Teilnehmenden treffen in Berlin am Morgen des 25. September wieder ein.

Mitglieder und Freunde der Europa-Union sind herzlich eingeladen, an dieser (Zeit)Reise zwischen Geschichte, Gegenwart und Zukunft teilzunehmen! Die Anzahl der Plätze ist leider begrenzt. Bei Interesse bitte bald melden!

COUPON

Ich/Wir bitte(n) um Zusendung
der Anmeldeunterlagen
für die Aktion „Wege nach Europa 2005“,
21. bis 25. September, Kaliningrad:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Telefon

Telefax

E-Mail

Bitte senden an:
Europa-Union Deutschland
z. Hd. Herrn Christof Müller
Bundesallee 22, 10717 Berlin
Tel.: (0 30) 88 67 66 20
Fax: (0 30) 88 41 22 47

Berlin

Erfolg für Luxemburg

Impressionen von der gemeinsamen Veranstaltung der Luxemburgischen Botschaft, der Europäischen Bewegung Deutschland und der Europa-Union Berlin:



Botschafter Jean A. Welter konnte neben vielen Gästen die Referentin des Abends, die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Viviane Reding, begrüßen.



Im Rahmen der Veranstaltung verliehen Kommissarin Reding und die Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland, Dr. Wulf-Mathies, den Preis „Die Europäische Bewegung“ an die Gruppe „Cafe Babel“.



(v.l.n.r.) EBD-Generalsekretär Bernd Hüttemann, EBD-Präsidentin Monika Wulf-Mathies, EU-Kommissarin Viviane Reding und der Leiter der EU-Kommissionsvertretung in Berlin, Dr. Gerhard Sabathil

Verantwortlich: Maren Günther

Mecklenburg- Vorpommern

Kreisverband Schwerin Besuch bei Nachbarn

Nach Erinnerungen an das Ende des Zweiten Weltkrieges anlässlich der Europawoche in Stettin und an der Gedenkstätte auf dem Golm in Kamminke folgte jetzt eine mehrtägige Bildungsreise erneut in unser Nachbarland Polen. Die schlesische Metropole und Europastadt Krakau war das Ziel. Den 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Schwerin vermittelte der Besuch nicht nur die Begegnung mit der jahrhundertlangen Tradition und architektonischen Schönheit dieser Stadt, sondern in mehreren Begegnungen und zahlreichen Gesprächen wurde auch an das Leid des polnischen Volkes erinnert sowie die unterschiedlichen Befindlichkeiten im Umgang mit Schlesien und der Geschichte verdeutlicht.

Fazit dieser Begegnung: Die polnischen Menschen wissen von ihrem langen, anstrengenden Weg in die Gemeinschaft der Europäischen Union und vertrauen ihrer Kraft, die in einer starken nationalen Identität ihre Wurzeln hat. Der abschließende Besuch der Europastadt Görlitz – auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2010 – überzeugte vom großen Engagement ihrer Bewohner für ein gemeinsames Europa. Der Prozess der deutsch-polnischen Versöhnung und Verständigung findet in dem gemeinsamen



*Schweriner Europafreunde auf der Dominsel in Breslau
Bild: Dieter Brusch*

tität ihre Wurzeln hat. Der abschließende Besuch der Europastadt Görlitz – auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2010 – überzeugte vom großen Engagement ihrer Bewohner für ein gemeinsames Europa. Der Prozess der deutsch-polnischen Versöhnung und Verständigung findet in dem gemeinsamen

Projekt Brückenpark Neißة seinen Ausdruck und bildet das deutsche Eingangstor zur polnischen Kultur.

Kreisverband Neubrandenburg Europa eine Chance

Neubrandenburger Bürger setzten sich im Juni engagiert mit der aktuellen Entwicklung in Europa auseinander. Das Ergebnis: Wir brauchen kein zerstrittenes Europa und lassen nicht zu, dass die Vision Europa missbraucht wird. Die Europäische Union muss der Kern der Friedenszone in ganz Europa sein. Die Entwicklung der Europäischen Union setzt das Schwergewicht auf mehr Transparenz, mehr Bürgernähe und mehr Demokratie. Umfassendere und sachliche Informationen über europäische Prozesse für die Bürger sind zwingend erforderlich. Der Verfassungsprozess muss fortgesetzt werden.

Verantwortlich: Anke Deckert

Hamburg

Europa, eure Zukunft!

Wie funktioniert die Europäische Union heute, und warum braucht Europa eine Verfassung? Welche Macht hat Brüssel? Wer hat die Macht in Brüssel? Was haben die Hamburgerinnen und Hamburger von der EU? Sach- und fachkundige Referenten der Europa-Union Hamburg und der JEF beantworteten diese und andere Fragen zur Europäischen Union kurz vor den Sommerferien interessierten jungen Leuten. So gewährte der Hamburger Europaabgeordnete Dr. Georg Jarzembowski den gut 50 Hamburger Oberstufenschülerinnen und -schülern verschiedener Gymnasien einen Blick hinter die Brüsseler Kulissen. Das erstmalig durchgeführte Tagesseminar mit

dem Titel „Europa wohin?“ veranstaltete der Landesverband in Kooperation mit der 9. Bergedorfer Jugendkonferenz des Hansa-Gymnasiums im Plenarsaal der Handelskammer Hamburg. Auf besonderes Interesse stieß das Thema „Europa, eure Zukunft!“. Über die vielfältigen Programme und Aktionen für Schüler, Studenten und junge Arbeitnehmer im Bereich Bildung und Kultur informierte die hochschulpolitische Sprecherin der JEF-Hamburg, Svenja Köhne, die jungen Leute. Die durchweg wissbegierigen und konzentrierten Teilnehmer im Alter von 16 bis 18 Jahren äußerten sich positiv über den „Crashkurs“ in Sachen EU. Das Meiste sei eine Wissensvertiefung des im schulischen Gemeinschaftskundeunterricht gelernten Stoffes, gaben die Jugendlichen in den von ihnen anschließend ausgefüllten Bewertungsbögen an. Die beiden Seminarleiter, Gymnasiallehrer und Ausbilder am Landesinstitut für Lehrerbil-



*Durchweg konzentriert bei der Sache: Die gut 50 jungen Teilnehmer des Tagesseminars „Europa wohin?“
Bild: Bettina Thöring*

dung und Schulentwicklung, Dr. Wolfgang Böge und Landesgeschäftsführerin Bettina Thöring, waren sich einig, dass es Sinn mache, diese gelungene Pilotveranstaltung im kommenden Jahr mit weiteren Schülern zu wiederholen.

Verantwortlich: Bettina Thöring

Nordrhein-Westfalen

Besuch in Kroatien

Der Landesverband organisierte im Juni eine Studienfahrt nach Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Slowenien. Die 40 Teilnehmer erhielten einen abwechslungsreichen Eindruck über die Politik der drei ehemals zu Jugoslawien gehörenden Länder. Allen voran hinterließen Kroatien und die herrliche dalmatinische Küste positive Eindrücke.

Erstmals wurde eine Gruppe der Europa-Union von den EU-Streitkräften in Mostar empfangen. Oberst Dunker hielt einen Vortrag über deren Aufgabe. Weitere politische Gespräche fanden jeweils im kroatischen und slowenischen Außenministerium statt sowie im slowenischen Parlament in Ljubljana. Zudem wurde die Europa-Union vom Präsidenten des Deutsch-Slowenischen Freundeskreises empfangen.



Die Europa-Union zu Besuch bei den EU-Streitkräften in Mostar
Bild: Europa-Union NRW

Ortsverband Haan Malta erkundet

Der Ortsverband unternahm eine Studienfahrt nach Malta. In der Hauptstadt La Valletta wurden die Teilnehmer vom Deut-



Botschafter Mertens (1. v.l.), mit den Vorstandsvertretern des Ortsverbandes Haan
Bild: Europa-Union Haan

schen Botschafter Dr. Mertens empfangen. Am gleichen Tag traf sich die Gruppe mit dem Präsidenten der Sozialistischen Partei, Dr. Zringo, der den Europäern aus Haan die Diskrepanz zwischen Europafreundlichkeit und Ablehnung innerhalb seiner Partei deutlich machte.

Kreisverband Duisburg 65. Geburtstag

Ein alter Diener der europäischen Idee, der langjährige Kreisvorsitzende Dr. Kämpgen, feierte seinen 65. Geburtstag. Duisburg und Europa liegen ihm seit Jahren am Herzen. Er ist dienstältester Rats Herr der Stadt und gehört zu den bekanntesten Kommunalpolitikern der Region.

Zum Thema „Kroatiens europäische Perspektive – Chancen und Risiken“ sprachen Ende Juni im Rahmen einer Podiumsveranstaltung Prof. Steindorff, Prof. Jürgen Axt sowie Dr. Slavko Leban vom Kroatischen Außenministerium in Zagreb.

Kreisverband Bonn Kontinuität oder Kehrtwende

Im Bonner Haus der Geschichte konnte Kreisvorsitzende Marlene Lenz abermals vor mehr als 100 Teilnehmern eine interessante Podiumsdiskussion leiten. Gastredner zum Thema „Kontinuität oder Kehrtwende? Die EU nach ihrer Erweiterung“ waren Barbara Gessler vom Bonner Büro der EU-Kommission, Ruth Hieronymi MdEP, der österreichische Gesandte Prof. Rudolf Agstner sowie sein ungarischer Kollege Dr. Attila József Király.

Kreisverband Lippe Verfassung diskutiert

Ende Mai veranstaltete der Kreisverband seinen eigenen Europatag. Ehrengast Prof. Klaus Hänsch MdEP, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, referierte über die Inhalte der EU-Verfassung. Für

ihn sei die Annahme der Verfassung durch alle Mitgliedsstaaten sehr wichtig. Er wies darauf hin, dass durch die Verfassung mehr Transparenz, Bürgernähe und Funktionalität in der EU erreicht werden könne.

Kreisverband Münster Nachbar Polen

Im historischen Erbdrostenhof referierte der polnische Botschafter in Deutschland, Dr. Andrzej Byrt, vor zahlreichen Mitgliedern und Gästen nicht nur über die heutige



Botschafter Byrt mit den Mitgliedern des Kreisverbandes im Friedenssaal des historischen Rathauses Münster
Bild: Europa-Union Münster

Rolle Polens in der EU, sondern nahm auch Stellung zur aktuellen Krise in der EU. Seiner Meinung nach würden die Polen – anders als die Franzosen und Niederländer – der Verfassung mehrheitlich zustimmen. An der Verfassung sei unbedingt festzuhalten. Polen befürworte zwar einen EU-Beitritt der Türkei, es sähe aber, dass angesichts der Ratifikationsprobleme der Verfassung der Erweiterungsprozess verlangsamt werde. Stolz sei Polen auf die engen Beziehungen zum Nachbarland Deutschland.

Kreisverband Bocholt Weiter ratifizieren

Dr. Herbert Jakoby, Leiter der Abteilung Europa und Internationale Angelegenheiten in der Staatskanzlei in Düsseldorf, war Referent zum Thema „EU-Verfassung“ bei einer Veranstaltung Ende Juni. Es gelte jetzt, die Ratifizierung fortzusetzen. Moderator Prof. Ragnar Leunig von der Universität Poznan konnte eine sowohl lebhaft wie auch interessante Diskussion leiten.

Verantwortlich: Dr. Pantaleon Giakoumis

Niedersachsen

Europawoche 2005 war erfolgreich

Die niedersächsischen Kreisverbände waren wieder aktiv mit Podien, Vorträgen, Festen und Informationsständen. Neben der Verfassung stand vielerorts „60 Jahre Kriegsende“ im Mittelpunkt.

Europasymposium

Der Kreisverband Oldenburg organisierte mit der Carl-von-Ossietzky-Universität und der Stadt ein Symposium „Europa 1945 und 2005 – vom ‚alten‘ zum ‚neuen‘ Europa“. Die Themen der Vorträge waren „Der Umgang mit der Geschichte“ (Prof. Grunenberg), „Entwicklungen in mittel- und osteuropäischen Staaten seit dem zweiten Weltkrieg“ (Prof. Krasnodebski), „Welche Identität braucht Europa“ (Prof. Kraiker). Abends referierte Prof. Oskar Negt über „Europa in der Weltinnenpolitik“. Eine Diskussion mit Schülerinnen und Schülern zu „Europa in neuer Verfassung“ mit Garrelt Duin MdEP sowie eine vom Kreisvorsitzenden Adolf Schröder geleitete Sendereihe im lokalen Fernsehen vervollständigten die Aktionen.

Wertorientierungen

Direktor Dr. Anselm von der Evangelischen Akademie Loccum referierte in Nienburg zu Aspekten der Europäischen Verfassung. Europa müsse sich in der künftigen internationalen Konfliktbearbeitung positionieren, und mit der Verfassung habe Europa einen „Katalog von zustimmungsfähigen Wertorientierungen, der sich sehen lassen kann“.

Nutzen der Verfassung

Zu einem Podium „Was bringt die Europäische Verfassung den Bürgern Niedersachsens“ begrüßte der Göttinger Kreisvorsitzende, Dr. Josef Ackermann, Alexander Graf von Rex, Prof. Christian Calliess und Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP. Vor über 150 Zuhörern warben die Referenten für die Verfassung, die

mehr Demokratie, mehr Transparenz und die Stärkung von Bürgerrechten beinhalte.

In der Südstadtbibliothek in Hannover wurde von Helga Ritzer, Mitglied der Jury des Europäischen Schulwettbewerbes, eine Ausstellung niedersächsischer Preisträgerarbeiten organisiert.

Von Krieg zu Frieden

Umfangreich war auch das Programm im Kreis Diepholz-Syke. Der frühere Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Heinrich Jürgens, referierte am 9. Mai in einer Feierstunde anlässlich von 60 Jahren Kriegsende im Theater der Stadt Sulingen zum Thema „Von der Konfrontation zur Kooperation – vom Krieg zum Frieden“. „Die Jungen tragen keine Schuld, aber die Verantwortung für die Zukunft“, so Jürgens. Referent Adolf Schröder sprach über die „Vision Europa“. Er appellierte eindringlich, die Bürgerinnen und Bürger nicht zu überfordern. Eine gemeinsame europäische Verfassung könnte ein Identifikationsmerkmal sein. Bedauerlich sei, dass oft ein Mangel an Informationen beklagt würde, dann aber sich bietende Gelegenheiten, Europa durch persönliches Erleben zu erfahren, nicht genutzt werden. Diavorträge über die neuen Mitgliedstaaten Malta, Polen und Tschechien rundeten das Programm ab.

Europafeste der Kulturen

In Gifhorn fand unter Leitung der Europa-Union das 20. Europafest im Schlosshof statt. Gruppen aus zehn Ländern, u. a. der Apulische Kulturverein, die Griechische Gemeinde, die Türkische Gemeinde, eine kosovarische Tanz- und Gesangsgruppe und drei aus Polen angereiste Gruppen, boten kulturelle und leibliche Genüsse ihrer Heimat an. Der besonderen Bedeutung des 8. Mai wurde durch Ausstellungen der Ergebnisse von Gemeinschaftsprojekten der Jugendlichen aus drei Nationen Rechnung getragen.

Unter dem Motto „Singen für Europa“ konnte Landesvorsitzender Wolfgang Zapfe in seiner Heimatstadt Vechta zahlreiche Chöre und Zuhörer zu einem bunten Chorkonzert begrüßen.

Die Osnabrücker Europäer begrüßten auf Schloss Iburg die ungarische Europaabgeordnete Botschafterin a.D. Etelka Barsi Pataky. Das Leben im wiedervereinten Europa sei „ein Grund zum Feiern“, so Pataky. Doch das Zusammenwachsen Europas sei noch ein langer Prozess.

Kreisverband Bad Pyrmont Verhältnis EU – USA

Bei der gut besuchten Jahresversammlung des Kreisverbandes wurde Malte Möller in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt, das er nunmehr seit über 30 Jahren ausübt. Inhaltliches Thema war das Verhältnis der Europäischen Union zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein ehemaliger Diplomat beleuchtete anhand ausgewählter Beispiele das transatlantische Verhältnis und formulierte das Thema wie folgt: „Das Verhältnis zwischen den USA und der EU – sowohl Kontrahent, Konkurrent als auch Partner und Freund“. Als besondere Herausforderung gälte es neben den wirtschaftlichen Aspekten, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas und Nordamerikas zu definieren und in der Durchführung abzustimmen. Um Irritationen zwischen den USA und der EU – hier auch bei einzelnen Mitgliedern – zu minimieren und dadurch Erfolge bei Friedensinitiativen und Anti-Terrormaßnahmen möglich zu machen, sollten beide Partner mehr miteinander reden, auch einander besser zuhören.

Verantwortlich: Rainer Schröder

SCHAUEN SIE REIN !



Aktuelle Informationen und Berichte
über Aktivitäten und Veranstaltungen
sowie politische Stellungnahmen der
Europa-Union Deutschland
finden Sie auf den Internetseiten
des Bundesverbandes unter:

www.europa-union.de

Baden-Württemberg

Ortsverband Achern Gute Verfassung

Mit dem ehemaligen Verfassungskonventsmitglied Prof. Jürgen Meyer hatte der Ortsverband für seine Eröffnungsmatinée in der Europa-Woche wieder einen hochkarätigen Gast gewonnen, der nicht nur über den Verfassungsentwurf selbst referierte, sondern auch die Zusammensetzung der verfassungsgebenden Versammlung und vor allem das Herzstück des Entwurfs, die Grundrechtecharta, erläuterte.



Prof. Jürgen Meyer (4. v.l.) im Gespräch mit der Ehrengastin Dr. Inge Bräutigam
Bild: Andrea Siegmund

bekriegt hätten und aus denen dank der Politik von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle schließlich das „Friedenswerk Europa“ hervorgegangen sei, zu dem es auch heute keine Alternative gebe.

Kreisverband Heilbronn Gemeinsam für Europa

Bereits zum 17. Male haben die Stadt und der Kreisverband zusammen mit den deutschen und ausländischen Bürgern der ehemaligen Freien Reichsstadt den „Treffpunkt Europa“ ausgerichtet, der mit einem offiziellen Empfang im Rathaus am Vorabend eröffnet wurde. Heilbronns Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach, stellvertretender Landesvorsitzender Karl-Peter Wettstein und Kreisvorsitzender Prof. Walter Dörr hießen auf dem Kiliansplatz die zahlreichen Festbesucher willkommen, denen einheimische und ausländische Tanzgruppen ein farbiges und musikalisches Bild von der Vielfalt Europas vermittelten und die an 16 Ständen auch kulinarisch verwöhnt wurden.

und weitere Preisverleihungen in Mosbach und Hardheim statt.

Kreisverband Göppingen Maienumzug und Berlin

Mitglieder des Kreisverbandes beteiligten sich wie in den vergangenen Jahren mit Begeisterung auch am diesjährigen traditionsreichen Maienumzug der Stadt, an dem diesmal auch Landesvorsitzender Rainer Wieland MdEP teilnahm, den zuvor Oberbürgermeister Guido Till empfangen hatte. Wie Kreisvorsitzender Peter Kunze mitteilte, war wenige Tage vor diesem Fest eine Delegation der Europa-Union zusammen mit Göppinger Sozialdemokraten auf Einladung des SPD-Abgeordneten Walter Riester in Berlin gewesen.

Kreisverband Mannheim Für Europa gewirkt

Vier Bundespreise, 17 Landes- und 31 Ortspreise gab es beim diesjährigen Europäischen Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler aus acht Mannheimer Schulen. „Ich bin stolz auf euch, das sind wirklich tolle Leistungen“, lobte deshalb Bürgermeister Dr. Peter Kurz bei der festlichen Preisverleihung. Und viel Lob gab es auch vom Vorsitzenden Pantelis Nikitopoulos, der mit den Worten: „Die Jugend gestaltet die Zukunft Europas. Darum dürfen wir uns jetzt durch die momentane Entwicklung und Krise nicht vom Kurs abbringen lassen“, Zuversicht bekundete.

Stadtverband Staufen-Münstertal Friedenswerk Europa

Im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung stand ein Referat des Bad Krozinger Geschichtslehrers und Heimatforschers Lothar Böhnert über das Kriegsende in Südbaden vor genau 60 Jahren. Anhand teilweise seltener Bilddokumente erinnerte der Referent an die Schrecken des Krieges, zeigte aber auch Beispiele von spontan beginnender Freundschaft zwischen Deutschen und Franzosen, zwischen Badenern und Elsässern auf. Dies seien die allerersten Ansätze einer Versöhnung und Freundschaft zweier Völker gewesen, die sich jahrhundertlang

Kreisverband Neckar-Odenwald Mittendrin in Europa

Die Schulen des Neckar-Odenwald-Kreises registrierten beim 52. Europäischen Wettbewerb mit insgesamt 1.573 Schülern aus 15 Schulen wiederum eine erfreulich hohe Teilnehmerzahl, wie Kreisvorsitzender Karl Heinz Naser mit Genugtuung feststellte, der sich deshalb am Europatag beim Landkreis, den Gemeinden, den Schulen, Organisationen und Institutionen für die wirkungsvolle Unterstützung dieses ältesten und beliebtesten Schülerwettbewerbs bedankte. Die zentrale Preisverleihung fand im Ganztages-Gymnasium in Osterburken

Ortsverband Backnang Baltikum besucht

Neue Eindrücke gesammelt und interessante Erfahrungen gemacht haben 42 Mitglieder des Ortsverbandes bei ihrer Studienreise nach Litauen, Lettland, Estland sowie nach St. Petersburg und Helsinki. „Die gewonnenen Eindrücke sind für viele unserer Mitglieder die Grundlage zu weiteren Reisen in diese Gebiete, um die Kenntnisse über Land und Leute zu vertiefen“, so Vorsitzender Franz P. Pensold.

Verantwortlich: Manfred Nedele

Hessen

Europa-Union will wieder Herzen erreichen

Erfolgreiche Landesversammlung in Alsfeld

Die Landesversammlung forderte in Alsfeld eine langsamere Erweiterung der EU, um so die Menschen wieder für die Integration zu gewinnen. In einer einstimmig beschlossenen Resolution ruft der Landesverband dazu auf, nicht über die ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden ohne kritisches Nachdenken hinwegzugehen. Die EU soll auf Detailregelungen verzichten und sich auf die Kernthemen der Wirtschafts-, Finanz-, Außen-, Sozial- und Umweltpolitik konzentrieren.

Elmar Brok MdEP, Präsident der Europa-Union, kritisierte in seinem Vortrag die Debatte zu neuen Sicherheitsgesetzen auf der Bundesebene. „Über nationale Gesetze als Reaktion auf die Anschläge von London zu diskutieren ist Unsinn. Wir brauchen eine entschlossene grenzüberschreitende europaweite Reaktion“. Er wunderte sich, dass Regierung und Opposition „zum 27. Mal über nationale Gesetze diskutieren, statt dafür zu sorgen, dass die längst verabredete Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene jetzt auch umgesetzt wird“.

In der folgenden Podiumsdiskussion machte Dr. Udo Bullmann MdEP die zu schwach ausgeprägte soziale Komponente der EU für die Vertrauenskrise verantwortlich. „Die einfachen Leute haben nicht mehr das Gefühl, das Europa auch für sie und nicht nur für die Exportwirtschaft da ist.“ Elmar Brok beklagte, dass die Erfolge der Integration der EU als selbstverständlich hingenommen würden. Europa habe in seiner Geschichte noch nie so lange in Frieden, Freiheit und Wohlstand gelebt wie heute. Zur „miesen Stimmung in Europa“ trage bei, dass die nationalen Regierungen für die Probleme, die sie nicht lösen könnten, Europa verantwortlich machten.



(v.l. n.r.) Roland von Hunnius MdL, Stefan Lindner (attac), Landrat Rudolf Marx, Moderator Volker Nies, Dr. Udo Bullmann MdEP, Landesvorsitzender Thomas Mann MdEP und Elmar Brok MdEP, Präsident der Europa-Union Deutschland
Bild: Europa-Union Hessen

Die Überregulierung durch die EU und die von den Menschen als grenzenlos empfundene Erweiterung beklagte Roland von Hunnius MdL: „Wir müssen das Nein der Franzosen und Holländer als Chance sehen, das zu korrigieren, was falsch lief.“ Moderator Volker Nies warnte, dass die jetzige Krise tiefer gehe als frühere Konflikte. „Bisher war Europa bei aller Kritik akzeptiert als Basis unseres Wohlstands. Heute habe die Menschen Angst, dass die offenen Märkte und die neue Konkurrenz aus dem Osten ihre Arbeitsplätze und ihren Wohlstand gefährden.“ Stephan Lindner, EU-Experte im bundesweiten Koordinierungsrat von „attac“, beklagte, dass in Europa die Schere zwischen Arm und Reich aufgehe. Europa müsse mehr für den Umweltschutz und den Sozialausgleich tun.

Landesvorsitzender Thomas Mann MdEP sieht die Schwerpunkte zukünftiger Europapolitik dagegen in den Bereichen Arbeit und Wirtschaft: „Wir müssen das Klima in Deutschland ändern, damit sich das Unternehmertum in Deutschland wieder lohnt und Arbeitsplätze entstehen“. Mehr Beschäftigung solle für einen dauerhaften sozialen Ausgleich.

Der verbandsinterne Teil der Landesversammlung war mit Vizepräsident Ernst Johansson als Gastredner hochkarätig besetzt. In seinem Resümee zum Stand der Osterweiterung warnte auch er vor einer Überdehnung der EU durch zu schnelle Aufnahme weiterer Kandidaten. In einem von der Landesversammlung beschlossenen Antrag des Kreisverbandes Oberlahn wird die Türkei aufgefordert, noch vor Beginn der Beitrittsverhandlungen im Oktober die Diskriminierung der christlichen Minderheiten zu beseitigen. Die aktuelle Situation in der Türkei entspreche nicht den in der EU erforderlichen Standards und müsse umgehend geändert werden.

Verantwortlich: Dr. Norbert Wett



Lauschen der mittelalterlichen Musik der Gruppe „Karfunkulum“: (v.l. n.r.) Gießens Kreisvorsitzender Sven Simon, Landesgeschäftsführerin Hildegard Klär und Landesvorsitzender Thomas Mann MdEP

Bild: Iris Schmidt

Rheinland-Pfalz

Bürger mitnehmen

Im Verfassungsvertrag sieht der Landesvorstand eine unabdingbare konstitutionelle Grundlage für die erweiterte EU, die diese erst für weitere Aufnahmen von Mitgliedstaaten erweiterungsfähig macht, weshalb am Text unbedingt festzuhalten ist. Begrüßt wird die Fristverlängerung für die Ratifizierung, um bessere Möglichkeiten für diese zu schaffen. Die in den negativen Referenden sichtbar gewordenen Warnsignale der Bürger müssten ernst genommen und Strategien entwickelt werden, die das Vertrauen der Bürger in die EU und ihre Institutionen zurückgewinnen. Künftig sollten Abstimmungen in den Unionsstaaten zum gleichen Zeitpunkt durchgeführt werden, um dem europapolitischen Aspekt stärker Geltung zu verschaffen.

Bundesstaat als Ziel

Der gescheiterte EU-Gipfel sei ein Indiz dafür, dass die Europapolitik von nationalen Egoismen und Sonderinteressen dominiert und folglich blockiert wird. Die Integration kann nur erfolgreich fortgesetzt werden, wenn die Unionsstaaten künftig solidarischer miteinander umgehen und jegliche Sonderkonditionen abgeschafft werden. Mit einer innovativeren Haushaltspolitik sollte der derzeitige Agrarausgabenanteil von ca. 40% deutlich reduziert und den Vorgaben der Lissabon-Strategie mehr Rechnung getragen werden.

Der Landesvorstand sieht die Notwendigkeit, nachhaltig eine europäische Identität zu entwickeln und die Bürger verstärkt in die Aktivitäten der europäischen Politik einzubeziehen. Er erwartet, dass die EU klar und für die Bürger nachvollziehbar das Ziel der europäischen Integration definiert, und erinnert daran, dass bereits 1946 im „Hertensteiner Programm“ das Ziel eines europäischen Bundesstaates festgelegt wurde. Die EU dürfe sich keinesfalls zu einer Freihandelszone zurückentwickeln.

Europahymne

Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände wurden unter Hinweis auf die in der Bundesrepublik ratifizierte Verfassung gebeten, bei feierlichen Anlässen wie dem Tag der Deutschen Einheit, dem Europatag oder bei Einbürgerungsfeiern nationale und europäische Symbole grundsätzlich gleichzusetzen, d.h. National- und Europahymne erklingen zu lassen sowie National- und Europaflagge zu setzen. Mit dieser Gleichsetzung kann ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur europäischen Identitätsbildung auf emotionaler Ebene geleistet werden, stellt der Landesvorstand fest, der einen entsprechenden Antrag auch beim Bundeskongress einbringt.

Auch Hessen dabei

Dolnoslaskie war das Ziel einer einwöchigen Studienfahrt. Von Jelenia Góra aus erkundeten die 51 Teilnehmer aus Rheinland-Pfalz und Hessen Breslau und Teile Niederschlesiens. Dabei wurden die weitestgehend aus nationalen Mitteln finanzierten Fortschritte im Transformationsprozess mit Respekt zur Kenntnis genommen. Die im Europäischen Wettbewerb gewonnenen und vom Landesverband gestifteten Preise wurden in Jelenia Góra in einer Feierstunde an die Schüler übergeben.

In Polen aktiv

Der Landesverband unterstützt auch die Verbreitung des Europäischen Wettbewerbs in den Wojwodschaften Opole und Malopolska. In beeindruckenden Feierstunden überreichte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Manfred Däuvel gemeinsam mit den polnischen Partnern rund 50 Preise in Gogolin und Tarnow für hervorragende Arbeiten. Mehrere schriftliche Arbeiten fielen durch klare Diktion in deutscher Sprache und logische Gedankenführung als geradezu vorbildlich auf.

Kreisverband Landau

EU als Vorbild?

Über den Integrationsprozess der Afrikanischen Union referierte der stellvertretende Kreisvorsitzende, Prof. Siegmund Schmidt. Spannend war die Frage, inwieweit die Europäische Union für Afrika als Vorbild dienen könne. Beim traditionellen Mai-Treffen stellte Cornelia Beyer die europäischen Parteifamilien, ihre Entstehungsbedingungen und Funktionen dar, die ein Faktor der Legitimation der EU seien.

Verantwortlich: Manfred H. Däuvel



Aufmerksam lauschten die Zuhörer einem literarisches Klavierkonzert in der Paradieshalle des Gerhart-Hauptmann-Hauses in Jagniatkow.
Bild: privat

Sachsen-Anhalt

Neuer Landesvorstand gewählt

Steffen Schüller einstimmig bestätigt

Am 10. Juni fand in Magdeburg mit großer Resonanz die ordentliche Landesversammlung mit der Wahl eines neuen Landesvorstandes statt. Nach der Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Steffen Schüller folgten Berichte zur allgemeinen Lage der EU aus dem Europäischen Parlament durch die Abgeordneten Dr. Horst Schnellhardt sowie Ulrich Stockmann. Nach allen Wirtschaftsberichten und der Entlastung des bisherigen



Alter und neuer Landesvorsitzender:
Steffen Schüller
Bilder: Europa-Union Sachsen-Anhalt

Vorstandes wählten die Delegierten der Kreisverbände ihren neuen Landesvorstand. Steffen Schüller wurde als Landesvorsitzender einstimmig wiedergewählt, ebenso die beiden Stellvertreter Ulrich Stockmann MdEP

und Hans Schubert. In seinem Amt als Schatzmeister wurde Ralf Lüders bestätigt. Als Beisitzer einstimmig wiedergewählt wurden Diana Behrendt (Wittenberg), Marcus Turré (Halle)

und André Schröder MdL (Magdeburg). Neu in den Vorstand wurde Eva Wiebrans (Magdeburg) gewählt. Im Anschluss an die Vorstandswahl referierte der Minister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Horst Rehberger, zum Thema „Die Europäische Union – Impulsgeber für die regionale Wirtschaft“ und stand anschließend für eine Diskussion zur Verfügung.



Wirtschaftsminister Dr. Horst Rehberger (1. v.l.) diskutiert mit den Delegierten der Landesversammlung.

Verantwortlich: Marcus Turré

2. EUROPÄISCHES WIRTSCHAFTSFORUM

Erschließen Sie sich auch Märkte außerhalb von Deutschland!

Das 2. Europäische Wirtschaftsforum in der Lutherstadt Wittenberg am 12. Oktober 2005 mit Firmen aus verschiedenen europäischen Ländern sowie zahlreichen Botschaftsvertretern der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie der Schweiz, Österreich und Belgien schafft Ihnen die richtige Plattform für neue Absatzmärkte, für eine kooperative Zusammenarbeit und den gemeinsamen Auftritt auf Drittmärkten. Nutzen Sie dieses Podium, um Sofort-Kontakte zu knüpfen, Informationen einzuholen und Erfahrungen auszutauschen!

Interessierte Unternehmen bitten wir, sich bereits in den nächsten Tagen anzumelden. Die Botschaften benötigen zum Recherchieren in ihren Ländern Zeit, um mit unseren Vorgaben geeignete Firmen nach Wittenberg einzuladen. Folgende Branchen möchten wir für dieses Forum ansprechen: Dienstleistungen, Tourismus, Produzierendes Gewerbe (auch Kleinbetriebe), Hotellerie und Gastronomie.

Dies ist eine Veranstaltung von Europa-Union Deutschland und CIFE in Kooperation mit der Sparkasse Wittenberg, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Wittenberg und NetworkOffice Wittenberg GbR. Gefördert wird dieses Projekt von der Europäischen Union und der Sparkasse Wittenberg.

Informationen unter:

NetworkOffice Wittenberg GbR, Hans Schubert,

Tel.: (0 34 91) 44 26 14 und 88 35 88 oder unter www.networkofficewittenberg.de
Anmeldung per E-Mail: schubert-lutherstadt@t-online.de, per Fax: (0 34 91) 46 23 90.



Impressum

4/2005

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Bundesallee 22, 10717 Berlin
Tel.: (0 30) 88 67 66 20, Fax: (0 30) 88 41 22 47
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v.i.S.d.P.),
Birgit Köbling
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.07. 2005.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Die Anschrift der Redaktion ist identisch mit der des Herausgebers. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen, Unkel
Telefon: (0 22 24) 7 92 23
Fax: (0 22 24) 96 17 63
E-Mail: pegasos@onlinehome.de

Druck:

Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied
Internet: <http://www.raiffeisendruckerei.de>

Redaktionsschluss Ausgabe 5/2005:
10. September 2005